

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elsblatt und Anzeiger).

Telegraphische Adressen:  
Tageblatt, Riesa.

Amtsblatt

Preisprospekte  
Nr. 20

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 300.

Donnerstag, 28. Dezember 1893, Abends.

46. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Zwickau, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Nachnahme für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Raskantendstraße 59. — Für die Redaction verantwortlich: Herrm. Schmidt in Riesa.

## Bekanntmachung.

Bei dem unterzeichneten Stadtrath ist am 1. Februar 1894 die Stelle eines Nachwärters und Internenwärters zu besetzen.

Das Gehalt der Stelle beträgt 600 Mark pro Jahr.

Selbstgeschriebene Bewerbungsgesuche sind bis zum 10. Januar 1894 hierher einzureichen. Riesa, den 28. Dezember 1893.

Der Stadtrath,  
Räder.

## Bekanntmachung.

Die Landrenten auf den Termin Weihnachten laufenden Jahres sind baldigst, längstens aber bis

zum 5. Januar 1894

bei Vermeidung der Zwangsvollstreckung an die hiesige Stadtsteuerannahme abzuführen. Riesa, am 27. Dezember 1893.

Der Stadtrath,  
Schwarzenberg, Stadtrath.

Nbl.

## Tagesgeschichte.

Ganz kurz vor den Feiertagen hat sich der preussische Finanzminister Miquel einem Mitarbeiter der „Deutschen Warte“ gegenüber über die Steuerreform, den russischen Handelsvertrag und insbesondere auch über die Lage der Landwirtschaft ausgesprochen. Wir konnten bis jetzt auf diese Mitteilung noch nicht näher eingehen und tragen deshalb Folgendes nach. Bezüglich der Tabaksteuer sagte nach dem genannten Blatte der Minister: „Speziell gegen die Tabaksteuer ist die Opposition ganz ungerechtfertigt, schon aus dem einfachen Grunde, weil es für die Dauer unmöglich sein wird, den Steuerertrag beim Tabak in Deutschland auf 1 Mark pro Kopf der Bevölkerung zu halten, während fast alle notwendigen Lebensmittel besteuert sind. Auch wenn jetzt abgelehnt, bleibt eine höhere Besteuerung des Tabaks unausbleiblich. Die Opposition der Tabakinteressenten schiebt weit über jedes vernünftige Ziel hinaus. Wenn man den Darstellungen glauben soll, so möchte man meinen, die Regierungen hätten kein anderes Bestreben, als die einheimische Tabakindustrie zu ruinieren. Was insbesondere die Arbeiterentlassungen anbelangt, so werden dieselben viel zu hoch veranschlagt. Wenn auch wirklich 10000 Arbeiter weniger eingestellt werden sollen, so könnte man das nur mit Freuden begrüßen, denn dann würden zunächst die jugendlichen Arbeiter in der Hausindustrie sowohl als in den Fabriken entlassen werden.“ — Bezüglich der Weinsteuer bestätigte Miquel, daß die Regierungen in der That gegen eine Aenderung des jetzigen Projectes sich nicht sträuben werden. Der Minister sagte: „Hinsichtlich der Weinsteuer werden die Regierungen eventuell nicht abgeneigt sein, auf gewisse Modificationen einzugehen. Aber auch bei dieser Steuer werden die Leute irre geführt, wenn man ihnen weiß zu machen sucht, daß der Weinbau durch dieselbe getroffen werde. In Baden besteht seit 1813 die Weinsteuer, ohne daß die Winger je Grund gehabt hätten, sich zu beklagen.“ — Bezüglich der Zuckerexportprämien äußerte sich Miquel wie folgt: „Daran ist gar nicht zu denken, jetzt mit einer Aenderung der bestehenden Ausführbestimmungen für Zucker vor den Reichstag zu kommen. Er würde aus Sand und Sand gehen. Wir wollen also nicht die gegenwärtige Ausführprämie festlegen, sondern lassen die Bestimmungen gelten, nach denen durch eine allmähliche Herabminderung der Prämie der schließlichen Aufhebung der Ausführprämie vorgearbeitet werde. Sollte es sich dabei erweisen, daß die Ausfuhr zum Schaden unserer Industrie zurückgeht, so würde es Zeit sein, mit neuen gesetzgeberischen Bestimmungen einzugreifen. So lange alle anderen Staaten Ausführprämien für Zucker gewähren, wird uns wohl auch nichts Anderes übrig bleiben. Die Zuckerindustrie ist die pierre de résistance unserer Landwirthe. Wir können dieselbe nicht preisgeben.“ — Hinsichtlich des russischen Handelsvertrages meinte Miquel: „Ich verstehe sehr wohl, daß sich die Landwirthe gegen den russischen Handelsvertrag sträuben, obgleich ich doch glaube, daß seine Wirkung bedeutend überschätzt wird. Den Preis des Getreides wird immer der Weltmarkt, ohne Rücksicht auf den Differentialzoll bestimmen. Außerdem würde russisches Getreide auf Umwegen zu uns gelangen. Was wollen wir machen, wenn dasselbe in Antwerpen verladen wird und als belgisches Fabrikat zu uns herinkommt? Sollen wir jetzt, nachdem wir mit allen Staaten Verträge abgeschlossen oder ihnen Weistbegünstigung zugesprochen haben, nur mit Rußland hängen bleiben? Die Kuh haben wir durchgebracht und der Schwanz soll drin bleiben? Auch der russische Roggen wird uns nicht erdrücken, obgleich er zu Zeiten unser Product geradezu unverkäuflich gemacht hat. Die Donaufstaaten und die Türkei würden an die Stelle von Rußland treten, und erst Amerika! Cleveland hat den Amerikanern schon zugesprochen: Bunt Roggen. Freilich bei einem Vertrage mit Ruß-

land bleiben manche Punkte immer noch bedenklich. So gilt das für die Währungsfrage. Das Goldagio wirkt wie eine Prämie auf die Ausfuhr und macht den Zoll illusorisch. Das ist eigentlich das schwerwiegendste Bedenken gegen den russischen Handelsvertrag. Aber dasselbe haben wir jetzt auch Oesterreich-Ungarn und Italien gegenüber. Daher sind Handelsverträge mit solchen Staaten, die untergeordnete Währungsverhältnisse besitzen, bedenklich. Wie soll unser Verhältnis zu Rußland sich aber gestalten, wenn wir uns nicht einigen oder die Verträge nicht angenommen werden?“ — Beachtenswerth ist, was der Finanzminister bezüglich der Lage der Landwirtschaft äußerte: „Auf der Landwirtschaft beruht die ganze Kraft des Staates, und die Regierung ist unablässig bestrebt, durch entsprechende Maßnahmen ihr zu helfen. So soll dem nächsten Landtage eine Vorlage bezugs Erleichterung von Landwirtschaftssammern gemacht werden.“ Im Anschluß hieran antwortete der Minister auf die Frage, ob es begründet sei, daß der Minister sich mit der Schaffung eines Agrarrechts befaße, nach Folgendes: „Ja, obgleich ziemlich schwach ist, was man zur Zeit unter Agrarrecht versteht, ist die Organisation der Landwirtschaft nur der erste und wichtigste Abschnitt desselben. In den zu bildenden Landwirtschaftssammern soll die Landwirtschaft eine sehr berufsgenossenschaftliche Organisation erhalten. An einer solchen fehlt es. Die landwirtschaftlichen Vereine setzen sich aus freiwilligen Theilnehmern zusammen, und Niemand kann behaupten daß sie wirklich die Landwirtschaft vertreten. Auch das Landes-Oekonomie-Collegium hat nur eine beratende, gütliche Stimme hinsichtlich der Technik der Landwirtschaft. Eine organisierte landwirtschaftliche Interessentvertretung muß alle landwirtschaftlichen Kreise umfassen, und namentlich eine Vereinigung der Interessen des Groß- und Klein-Grundbesitzes herbeiführen. Erst wenn diese Organisation hergestellt sein wird, kann an eine weitere Ausbildung des Agrarrechts gegangen werden. Die Aufgaben desselben können jetzt noch nicht specialisirt werden; u. A. wird die Regelung der landwirtschaftlichen Creditverhältnisse, des Real- sowohl als des Personal-Credits eine der wesentlichsten Aufgaben des Agrarrechts sein.“

**Deutsches Reich.** Die „Times“ meldet, es sei bezüglich des deutsch-russischen Handelsvertrages zu einer Einigung zwischen den beiderseitigen Bevollmächtigten über die streitigen Punkte gekommen. Wie von gut unterrichteter Seite mitgetheilt wird, sind die Angaben des englischen Blattes falsch. Der vorbekannte Termin für das Inkrafttreten des deutsch-russischen Handelsvertrages ist durch Notenaustausch auf den 1. Januar l. J. festgesetzt worden.

Das englische Jahresgehalt des Herzogs von Koburg wird noch einmal das Unterhaus in London beschäftigen. Der radicale Abg. Labouchere hat einen Antrag angekündigt, der vorschlägt, weitere Zahlungen an den Herzog so lange einzustellen, bis dem Unterhause Gelegenheit gegeben werde, seine Meinung über die Zurücknahme der bewilligten Jahresrente auszudrücken. Eine andere Fassung konnte der Antrag aus Rücksicht auf die verzwickte Geschäftsordnung des Parlaments nicht erhalten. — Im Verlaufe der gestrigen Sitzung des englischen Unterhauses erklärte der Premierminister Gladstone, über die Einkünfte, welche der Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha aus den Revenuen des Herzogthums b-ziehe, habe die Regierung keine amtliche Information. Nach ihrer Ansicht sei es ungewiss, daß die Regierung oder das Haus die Frage zum Gegenstande einer öffentlichen Discussion mache.

Der Kaiser hat dem Prinzen Ludwig Ferdinand von Bayern den Schwarzen Adler-Orden verliehen. Der preussische Gesandte Graf zu Eulenburg hat dem Prinzen die Auszeichnung am Weihnachtsabend überreicht. Außer dem comm. General des 2. bayer. Armee-corps v. Parsenal, ist in Vertretung des Prinzen Arnulf, welcher durch die Neujahres-

festlichkeiten am königlichen Hofe in München zurückgehalten ist, der rangälteste Divisions-Commandeur des 1. bayer. Armee-corps, Generalleutnant v. Berg, beauftragt, sich an der Neujahrs-Begleichwünschung beim Kaiser zu betheiligen. Ebenso wird der Oberlieutenant Horadam, Commandeur des 1. Ulanen-Regiments, dessen Inhaber der Kaiser ist, zur Theilnahme an dieser Begleichwünschung entsendet. Eine Aufwartung der General-Inspecteure der Armee-Inspectoren aus Anlaß der Neujahrsfeier ist, den „M. N. N.“ zufolge, ebenso wenig, wie in den früheren Jahren in Aussicht genommen. Hiernach kommt auch eine Entsendung des Prinzen Leopold von Bayern, General-Inspecteurs der 4. Armee-Inspectoren, von welcher wiederholt die Rede war, nicht in Betracht.

Das Befinden des Fürsten Bismarck ist nach neuen Nachrichten aus Friedrichsruh erträglich. Professor Schweininger wird am Freitag wieder aus Friedrichsruh abreisen, wohin er des Festes wegen gereist war. Die „Augsb. Abendztg.“ läßt sich aus Friedrichsruh vom 24. melden, daß der Fürst starke Schmerzen im Arm und an der rechten Schulter hat und auch Appetitlosigkeit mit einer Verdauungsstörung eingetreten ist.

Das Polizeipräsidium in Berlin hat am ersten Weihnachtstages einige Stunden für die Herstellung einer Zeitung freigegeben. Anders hat sich die Polizeibehörde in Breslau verhalten. Nach der „Bresl. Ztg.“ ist dort die Herstellung einer Feiertagsnummer unter Hinweis auf die Verordnungen über die äußere Heilighaltung der Sonn- und Feiertage polizeilich untersagt worden.

Der Umstand, daß der Bericht der „Börse-Commissionsmission“ noch nicht veröffentlicht worden ist, giebt der „Strz. Ztg.“ Anlaß zu folgenden Bemerkungen: „Auch dies scheint ein erneutes Symptom dafür zu sein, daß in Allem, was Börsenfragen angeht, seitens gewisser Kreise eine Haltung beobachtet wird, die nachgerade das „tiefste Mißtrauen“ zu rechtfertigen beginnt, welches sich leider aller Kreise des Volkes bemächtigt hat. Und bedauerlicherweise kann man dasselbe anscheinend nicht als ein ungerechtfertigtes bekämpfen. Es will uns scheinen, und wir wissen uns darin auch mit den weitesten „nichtreactionären“ Kreisen überein, daß die auf bittersten Erfahrungen beruhende Stimmung und Ansicht über das Treiben der Börsen entweder nicht verstanden wird oder, was noch schlimmer, überhaupt nicht verstanden werden soll.“ Es erscheint unbegreiflich, daß die fraglichen maßgebenden Kreise dem Mißtrauen, welches ihnen schon oft in dieser Beziehung belundet ist, mit so „eiserner Ruhe“ zu sehen. Wir werden indeß dafür Sorge tragen, daß diese Dinge endlich einmal im Reichstage gründlich erörtert werden, damit die Bevölkerung weiß, woran sie ist und wo die „Bäter aller Hindernisse“ stecken. Die „Kreuzztg.“ giebt sich jetzt wirklich alle Mühe bitter-scharf zu sein.

**Frankreich.** Die Russenliebe der Franzosen hält doch nicht überall Stand. Im Vertrauen auf sie kam vor 14 Tagen eine russische Schauspielergesellschaft, 77 Köpfe, Frauen und Kinder inbegriffen, nach Paris. Aber ihr Unternehmen war ein beispielloser Mißerfolg, es stellten sich fast gar keine Zuschauer ein. In wenigen Tagen waren die Mittel der Annehmliche erschöpft. Seitdem liegen die Verdienstmittel dachstuhlweise auf dem Pflaster und irren verzweifelt Tag und Nacht in den Gassen umher. Jetzt erlassen die Blätter Aufrufe zu Sammlungen, um die Russen vom Hungertode zu erretten und nach Rußland zurückzuschicken. Auch die Regierung wird angegangen, sich der Darbenden anzunehmen durch Bewilligung einer namhaften Staatshilfe.

**Bulgarien.** Die Sobranje in Sofia nahm durch Juras die Anträge der Regierung an, durch welche der Wittve und den Kindern des Grafen Hartenau ein Jahresgehalt von 40000 Fr. gewährt wird. Der Staatshaushalt des Innern weist eine Herabminderung der Ausgaben um